

**Protokoll:**

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig verweist auf die zahlreichen vorbereitenden Gremien – insbesondere den Haupt- und Finanzausschuss. Wie allen bekannt sei, gebe es umfassende Beanstandungen zum laufenden Haushalt 2010 der Kommunalaufsicht. Politik und Verwaltung hätten sich nach Kräften bemüht, gemeinsam die Dinge, die man tun könne im Sinne der Haushaltskonsolidierung nun für den Haushalt auf den Weg zu bringen, was man im Augenblick für verantwortbar halte.

Rm Keul-Göbel (CDU) trägt vor, die CDU-Fraktion begrüße, dass die Verwaltung dem Rat heute ein Haushaltsrestrukturierungsprogramm vorlege. Dies resultiere aus der Forderung der ADD, möglichst nachhaltig Konsolidierungsmaßnahmen mit ihren Auswirkungen auf die Haushaltspläne 2011 bis 2013 darzustellen.

Wenn man sich den Haushalt und die Genehmigung ansehe, habe man den Eindruck, dass Landesregierung und ADD den städtischen Haushalt als Durchführungshaushalt des Landes sehen würden: Alles, was das Land an Maßnahmen wünsche, werde durch Zuschüsse unterstützt und genehmigt, bei allen anderen Vorhaben könne die Unabweisbarkeit kaum oder gar nicht nachgewiesen werden – damit entfalle die Genehmigung durch die ADD – bei allen Maßnahmen über 100.000 €

Stünden Wahlen vor der Tür, werde schnell durch eine Eilentscheidung des Oberbürgermeisters – nach der entsprechenden Freigabe durch die Landesregierung - die Umsetzung der seit langem geplanten Leitstelle beschlossen, immerhin eine Ausgabe von 2,328 Mio € Die daraus folgende Reduzierung der Personalkosten (Anteilig Land, 3 Gebietskörperschaften und Krankenkassen), die seit langem bekannt sei, bilde nun mit ca. 600.000 € jährlich den größten Batzen der „nachhaltigen Konsolidierungsmaßnahmen“. Ob diese Interpretation im Sinne der ADD sei, werde man erfahren.

**Anlage 1**

Seite 1 von 6: Öffentlichkeitsarbeit

Hier habe die CDU-Fraktion bereits in den Haushaltsberatungen darauf hingewiesen, dass man sich auch höhere Einsparungen im Jahr 2010 und 2011 vorstellen könne.

Von der Neuausschreibung der Neu-Verpachtung Cafeteria erfahre der Rat erst durch diese Vorlage. Hier wünsche man sich mehr Zusammenarbeit zwischen Rat und Verwaltung.

Die Kündigung der Zweckvereinbarung mit dem Bistum Trier (S. 4 von 6) sei nicht beschlossen worden. Da hier viele Einzelheiten, u.a. die Nutzung der Sporthalle, noch nicht geklärt seien, könne man diesem Vorschlag heute nicht zustimmen. Die CDU-Fraktion beantrage insoweit eine getrennte Abstimmung.

Zur Kündigung der Instrumentenversicherung (S. 5 von 6) könne man nur sagen: Endlich! Seit mehr als 6 Jahren weise der Rechnungsprüfungsausschuss darauf hin, dass generell bei den Versicherungen große Einsparpotentiale gesehen würden – angesichts dieser Potentiale handle es sich um eine geringe Summe. Hier sei der Oberbürgermeister gefordert. So wie bisher – 2 Jahre Erstellung eines Gutachtens durch das Versicherungsamt – Verwerfung der Ergebnisse durch einen externen Gutachter usw. könne es nicht weitergehen. Die CDU-Fraktion wolle wirklich, dass hier der Oberbürgermeister die Dinge in die Hand nehme und Zielvorgaben gebe, was das Versicherungsamt durch die Ausschreibung von Versicherungsleistungen einsparen könne und auch welche Versicherungen noch notwendig seien bzw. gekündigt werden könnten.

Seite 6, Nr. 8: Streichung der Maßnahme Sanierung Promenade Peter-Altmeier-Ufer  
Die Angelegenheit sei bereits in den Haushaltsberatungen schon so besprochen worden.

## **Anlage 2**

S. 5 von 6: Einsparvorgabe 10.000 € Zuschuss für kulturelle Zwecke

Die CDU-Fraktion wolle nicht, dass hier bei Vereinen vor Ort Kürzungen vorgenommen würden. Wenn dies von der Verwaltung so zugesichert werden könne, sei die CDU-Fraktion damit einverstanden.

S. 6 von 6: Beteiligung Verkehrsverlust KEVAG

Handle es sich hierbei um eine nachhaltige Konsolidierungsmaßnahme oder um ein eher zufälliges Ergebnis, wenn man sehe, dass 2009 eine wesentlich geringere Summe zu zahlen gewesen sei.

## **Anlage 3**

Nr. 8, S. 4 von 10: Eine Erhöhung des Eigenanteils pro Essen in den Schulen von 2,50 € auf 3,- € habe bisher nur der Stadtvorstand beschlossen. Ohne Diskussion im Schulträgerausschuss könne man diesem Vorschlag heute nicht zustimmen. Die CDU-Fraktion beantrage insoweit eine getrennte Abstimmung.

Nr. 12, S. 5 von 10 – Erhöhung Musikschulgebühren ab 2011:

Dem könne man nur unter dem Vorbehalt eines entsprechenden Beschlusses im Kulturausschuss zustimmen.

Nr. 15, S. 7 von 10:

Die CDU-Fraktion frage, warum die Verwaltung hier bei den Ansätzen bleibe. Nach den eigenen Ausführungen der Verwaltung führe dies zu geringeren Landeszuwendungen, obwohl die Einnahmen durch die rückläufigen Besucherzahlen insbesondere bei den Abonnenten nicht erhöht werden könnten. Hier erwarte man noch eine ausführliche Erklärung, warum die Verwaltung bei den hohen Ansätzen bleibe, denn man befürchte tatsächlich – wie die Verwaltung es auch ausführe –, dass sich dadurch die Landeszuwendungen reduzieren und man im Ergebnis ein wesentlich höheres Defizit habe, als man es sowieso schon habe. Wenn man hierzu keine nachvollziehbare Begründung erfahre, könne die CDU-Fraktion diesem Vorschlag nicht zustimmen und bitte auch dort dann um getrennte Abstimmung.

Nr. 22, S. 9 von 10: Parkgebühren

Die CDU-Fraktion habe bereits bei der Unterrichtsvorlage darauf hingewiesen, dass sie mit der Verlängerung von 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr nicht einverstanden sei und könne daher diesem Vorschlag, der Mehrerlöse von 170.000 € erbringen solle, nicht zustimmen. Die CDU-Fraktion sei der festen Überzeugung, dass hier das gleiche gelte, wie bei der Erhöhung der Theaterkartenkosten. Es werde im Ergebnis dazu führen, dass gerade angesichts der schwierigen Straßenverhältnisse in Koblenz und der zahlreichen Baustellen Menschen davon abgehalten würden, in Koblenz einzukaufen. Die CDU-Fraktion beantrage insoweit eine getrennte Abstimmung.

Rm Ackermann (Bündnis 90 / Die Grünen) merkt an, Restrukturierung sei ein riesiger Begriff. Das hier Vorgelegte sei ein Schritt in die richtige Richtung, aber noch lange nicht das Ende. Solange man nicht beginne, große Projekte in Frage zu stellen, sehe er nicht, wie dieser Haushalt jemals wieder in eine vernünftige wirtschaftliche Lage kommen könne. Man bleibe weit hinter dem zurück, was eigentlich wirtschaftlich notwendig wäre. Wenn man die Kritik der ADD ernst nehme, die in vielen Seiten geäußert worden sei, dann könne man anschließend nicht begreifen, dass nach diesen kleinen Korrekturen die ADD diesem Haushalt zustimmen werde. Aber dies möge andere Gründe haben. Er erkläre für seine Fraktion, dass man sich der Beschlussvorlage in der Tendenz anschließe, aber dann bei der Abstimmung enthalten wolle.

FDP-Fraktionsvorsitzende Hoernchen erklärt, die FDP-Fraktion begrüße die Beschlussvorlage und stimme den Vorschlägen überwiegend zu. In der Begründung werde der Antrag der FDP-Fraktion mit dem Arbeitskreis „Schwarze Null“ erwähnt. Sie erinnere noch einmal an das Ziel dieses Arbeitskreises:

1. Sollten kontinuierliche Sparmaßnahmen erarbeitet werden.
2. Als mittelfristiges Einsparziel sei eine Summe von mindestens 25 Mio. € im städtischen Haushalt genannt worden.
3. Auf eine wesentliche Änderung wolle sie an dieser Stelle noch einmal hinweisen. Sämtliche Ämter und Einrichtungen der Stadt mit ihren Fachdienststellen sollten als Orientierungshilfe die Sparliste der Stadt Duisburg zur Verfügung gestellt bekommen, die in ihrer letzten Fassung über 400 Punkte umfasse.

Die FDP-Fraktion wolle noch einmal vorschlagen, dass sämtlichen Einrichtungen und Ämtern der Stadt Koblenz diese so genannte „Tränenliste“ zur Kenntnis gegeben werde. Damit sich alle Fachdienststellen daran ein Beispiel nehmen könnten, um zu überlegen, was davon in der Stadt Koblenz umgesetzt werden könne. Übrigens seien die verwirklichten Sparmaßnahmen in Duisburg fraktionsübergreifend erarbeitet und beschlossen worden. Man wünsche sich für die Stadt Koblenz dieselbe Kraftanstrengung aller Beteiligten in der Verwaltung und aller Parteien. Für die von der Verwaltung vorgeschlagenen Konsolidierungsmaßnahmen mit der heutigen Beschlussvorlage habe man noch zwei Hinweise:

Anlage 3 lfd. Nr. 18 (Erhöhung Raummeterpreis beim Holzverkauf des Kommunalen Forstbetriebs)

Hierzu liege in der heutigen Tagesordnung eine Beschlussvorlage der Verwaltung vor, der man gerne unter Vorbehalt der Zustimmung des zuständigen Ausschusses zustimmen wolle.

Anlage 3 lfd. Nr. 22 (Erhöhung Parkgebühren)

Mit der Verlängerung der kostenpflichtigen Parkzeit schade man den Einzelhändlern und Gastronomen. Heute habe der Rat eine neue Tischvorlage bekommen, in der stehe, dass noch einmal ein Gespräch geführt werde. Denn die FDP-Fraktion habe über den Vorschlag der Verwaltung bisher nicht abstimmen können. Es sei lediglich eine Unterrichtungsvorlage unterbreitet worden, aber heute solle man darüber beschließen. Die FDP-Fraktion rege daher an, dass über die Zeiten noch einmal im entsprechenden Ausschuss diskutiert werde und beantrage daher – wie die CDU-Fraktion zuvor – für diesen Punkt um eine getrennte Abstimmung, damit man den Vorschlag der Verwaltung ggf. korrigieren könne.

Sie könne der CDU-Fraktion hinsichtlich des Antrages einer getrennten Abstimmung in der Anlage 3 lfd. Nr. 8 (Erhöhung von 2,50 auf 3,- €) folgen.

Rm Wefelscheid (BIZ) erklärt, er werde in dasselbe „Horn blasen“ wie das Rm Ackermann (Bündnis 90 / Die Grünen). Es sei der richtige Einstieg, die Haushaltskonsolidierung müsse beginnen. Wie für die CDU-Fraktion sei es für ihn nicht nachvollziehbar, wieso Projekte, die

insbesondere im Landesinteresse stünden, bei der ADD in einer zu kürzenden Leistung keine Berücksichtigung gefunden hätten. Dies habe schon das „Geschmeckle“ eines Durchführungshaushaltes des Landes – so wie Rm Keul-Göbel (CDU) dies angedeutet habe. Richtig sei auch die Auffassung der FDP-Fraktion, dass man die Bemühungen in die Haushaltskonsolidierung konzentrieren müsse. Man müsse vielleicht auch noch einmal die Idee der FDP-Fraktion „Schwarze Null“ aufgreifen und sich höhere Ziele setzen, als die in der Vorlage genannten wenigen Milliönchen. Dies reiche nicht aus. Wie in der Zeitung schon häufig angekündigt, wolle der Oberbürgermeister als Kämmerer dies pflichtbewusst angehen und man habe nun die Erwartung, dass dies in Zukunft auch kommen werde. Die BIZ-Fraktion werde daher der Beschlussvorlage zustimmen. Davon unabhängig wolle man aber ebenfalls die getrennte Abstimmung bezüglich der Parkgebühren. Wie die CDU-Fraktion sehe man dies auch sehr problematisch.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig merkt an, er habe wiederholt erklärt, dass angesichts der Tatsache, dass er seit 01.05.2010 im Amt sei, sich sein Ehrgeiz, über den Nachtragshaushalt und die Kürzungen der ADD im laufenden Haushalt 2010 einzugreifen, in Grenzen halte. Ab dem Haushalt 2011, in dem er Verwaltungsseits als Kämmerer die volle Verantwortung trage, werde sein Ehrgeiz, zu nachhaltigen Konsolidierungsbemühungen zu kommen, steigen und da würden dann auch entsprechende Vorschläge seinerseits unterbreitet werden, die gewiss tiefer greifen müssten, als das Volumen, um das es vorliegend ginge.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke äußert, seine Fraktion begrüße die Konsolidierungsmaßnahmen auch mit den ablehnenden Argumenten, die der eine oder andere Vorredner schon vorgetragen habe. Nur müsse man irgendwo auch einmal mit dem Sparen beginnen. Er finde, das ganze Gerede über das Sparen nütze nichts, wenn man nicht wirklich an einem Punkt spare. In der Praxis sei es so, dass immer bei der eigenen Klientel nicht gespart werden dürfe und es anderen zugeschoben werde, Kürzungen hinzunehmen. Wenn, dann müsse man dies richtig und konsequent durchführen. Die vorliegenden Maßnahmen seien für ihn nur ein Tropfen auf den heißen Stein und er wisse nicht, wie es so weitergehen solle. Aber wenn man ganz ehrlich sei, müsse man mehr tun. Diesbezüglich gebe er Rm Ackermann Recht.

Rm Reinstädler (CDU) stellt fest, vieles sei gesagt worden und Haushaltskonsolidierung sehe seines Erachtens anders aus. Dies könne nur ein Einstieg sein. Bei den Haushaltsberatungen werde man da noch einiges mehr berücksichtigen. Aber grundsätzlich sei dies ein so wichtiges Thema und dass man hier eine Tischvorlage bekomme mit X-Seiten, aus der ersichtlich werde, dass die Konsolidierungsmaßnahmen um 400.000 Euro reduziert worden seien, halte er für erklärungsbedürftig. Diese habe er bisher nicht bekommen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig verweist darauf, dass in der Tischvorlage sehr schnell kenntlich gemacht worden sei, wo es Änderungen gebe und die Änderungsnotwendigkeiten seien alle im Zuge der Beratungen der letzten Tage entstanden. Im Übrigen sei die Vorlage in der Struktur und dem Inhalt nach gleich mit einigen redaktionellen Änderungen, die Frau Brockmann-Kneip nun vortragen könne.

Frau Brockmann-Kneip (Amt 20) erläutert, die in den Reden viel bemühten Parkgebühren seien die Differenz zu dem bisher mitgeteilten Einsparvolumen. Wie man sehen könne, seien dies pro Jahr 170.000 Euro und in drei Jahren sei man dann bei einem Betrag von 400.000 Euro. In der Tischvorlage sei das, was die Vorredner zuvor vorgetragen und getrennt abgestimmt haben

wollten, bereits aufgelöst. Insofern bedürfe es der getrennten Abstimmung zu diesem Punkt nicht mehr.

Rm Lehmkühler (SPD) bestätigt die Ausführungen des Rm Gniffke (FBG). Man könne hier nicht schöne Reden halten in der öffentlichen Ratssitzung, dass man sparen und endlich einmal etwas tun müsse, um dann aber zu sagen, an diesem und an jenem Punkt bitte nicht. Im Übrigen habe der Oberbürgermeister zu Recht zu Beginn erwähnt, dass man intensiv in den Ausschüssen sowie im Haupt- und Finanzausschuss darüber gesprochen habe. Wenn nun die einzelnen Anträge kämen, dann halte er dies so nicht für richtig. Denn dann hätte man dies in den Gremien beraten sollen. Nun würden hier und da Mehrheiten gesucht. Dann bitte er auch jeden, der hier flammende Reden halte, das man sparen müsse, sich bei den Fraktionsanträgen dieser Reden zu erinnern. Dies vermisse er dann an dieser Stelle. Dies gelte auch für Arbeitsaufträge, die der Verwaltung erteilt würden, die sie eben mal schnell nebenbei erledigen sollte, die aber nicht nebenbei behandelt werden könnten. Um dies ernsthaft abzuarbeiten, müssten dann Fachbüros beauftragt werden, die auch Geld kosten würden. Diese Beträge gingen auch in die Zehntausende. Wenn man dies so vortrage, müsse man sich auch selbst diszipliniert verhalten und nicht nur mit Reden kommen. Er glaube, man habe keine Zeit, um dies noch einmal vorher im Haupt- und Finanzausschuss beraten zu können. Wenn es um einen fairen Umgang ginge, dann hätte man diese Punkte in aller Ruhe im Haupt- und Finanzausschuss ansprechen können und nicht in der Sitzung nach Mehrheiten suchen müssen. Dieses Vorgehen halte er nicht in Ordnung.

Rm Keul-Göbel (CDU) führt aus, zum einen sei die Angelegenheit nicht in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, sondern in der Sitzung im Juni thematisiert worden. Da hätte man davon ausgehen können, dass die vorgetragenen Punkte noch in den entsprechenden Ausschüssen besprochen würden. Dies sei aber nicht geschehen. Sie habe schon darauf hingewiesen, dass gestern eine Sitzung des Schulträgerausschusses stattgefunden habe und es wäre sehr wohl die Möglichkeit gewesen, z.B. die Kündigung der Zweckvereinbarung mit dem Bistum Trier zu besprechen. Das sei aber nicht erfolgt.

Als zweites wolle sie klarstellen, die CDU-Fraktion stimme grundsätzlich zu, nur in den zuvor genannten Punkten, in denen die Einsparungen oder Erhöhungen nicht in den entsprechenden Ausschüssen besprochen worden seien, wolle man eine getrennte Abstimmung.

Drittens gehe sie davon aus, dass die SPD-Fraktion dem Punkt 45 heute nicht zustimmen werde, denn in der nächsten Sitzung des Fachbereichsausschusses IV werde schon ein Poller beschlossen. Für mehr habe man keine Mittel im Haushalt eingestellt und wenn man nun sage, es müsse gespart werden – und nicht nur bei der eigenen Klientel –, sei sie sicher, dass die SPD-Fraktion dem Punkt 45 nicht mehr zustimme.

Beigeordneter Knopp merkt zur Kündigung der Zweckvereinbarung an, dass die Stadt Koblenz bisher an den Sachkosten durch einen bestimmten Anteil beteiligt gewesen sei und mit einem Jahr Vorlauf diese Vereinbarung zum 31.07.2011 kündigen konnte. Man habe sich dann mit dem Bistum darauf verständigt, diese Kündigungsfrist, die eigentlich im Juli diesen Jahres abgelaufen sei, bis Ende des Jahres 2010 zu verlängern. Das heißt, man habe schon entsprechende Termine vereinbart, an denen man darüber sprechen werde, wie der Schule vor Ort geholfen werden könne, wie es mit der Sporthalle weiterginge u.ä., so dass bis Ende des Jahres Zeit dafür sei, über diesen Sachstand zu informieren, weil die Kündigung de facto noch nicht ausgesprochen worden sei. Aber wenn die Gespräche erfolgreich verliefen, wovon man nach den Vorgesprächen ausginge, könnte man diese Kündigung dann vollziehen. Gleichwohl habe man für die

Realschulstandort Koblenz weiterhin eine sehr gute Schule und die Sporthalle werde der Schule sowie den Vereinen zur Verfügung stehen. Dies sei das Ziel der Verwaltung. Wenn der Rat heute seine Zustimmung erteile, dann würde dies keine Fehlentscheidung sein, denn man habe noch bis zum Ende des Jahres Zeit, rechtzeitig über den Sachstand zu informieren.

Dies gelte eigentlich auch für die anderen angesprochenen Punkte. Natürlich sei es richtig, der ADD auch ein Papier einzureichen. Aber man habe auch Recht, die Fachausschüsse müssten bei dem einen oder anderen Punkt noch mit einbezogen werden.

Hinsichtlich der freiwilligen Leistungen in Höhe von 10.000 € im Bereich der Kultur gebe es Einsparvorgaben. Dies sei ein Bereich, in dem man es auch mit Vereinen u.ä. zu tun habe. Man habe beispielsweise sehr hohe Nebenkosten bei der Veranstaltung von Martinsfeuern. Wenn es gelinge, dies zu reduzieren, habe man schon einen erheblichen Teil dieser Einsparmaßgabe erfüllt. Darüber hinaus müsste man allerdings auch einmal kritisch anmerken, dass es viele Vereine gebe, die seitens der Stadt freiwillig unterstützt würden, die durchaus in der Lage seien, durch entsprechende Rücklagen mit einem verringerten Zuschuss auszukommen. Ziel sei es natürlich, keine Initiative oder Verein im Bestand zu gefährden. Er könne zusagen, dass dies auch gelingen werde. Allerdings glaube er auch, dass er um Verständnis werben müsse, wenn Vereine sehr viele Rücklagen hätten, die Leistungen der Stadt zurückzufahren, um eine Einsparvorgabe zu erfüllen. Das man hierbei sensibel und im Gespräch mit den Vereinen vorgehe, sei selbstverständlich. Insofern sage er gerne zu, dass man die Rücksprache mit den Fraktionen suche.

Zu den Gebührenerhöhungen im Schulbereich für Mittagessenverpflegung informiert Beigeordneter Knopp, die Verwaltung habe sich diesbezüglich bei anderen Städten erkundigt, wie die dortige Handhabung aussehe. Die Stadt Koblenz nehme zurzeit 2,50 € als Beteiligung der Schüler/innen am Mittagessen. Die durchzuführende Ausschreibung habe einen Essenspreis von über 4,- € ergeben. Demzufolge habe man hier schon eine große Differenz und wenn man alleine sehe, dass die Stadt Koblenz im letzten Schuljahr die Schülerverköstigung an den Ganztagschulen nach Abzug aller Einnahmen mit 280.000 € unterstützt und subventioniert habe, dann halte er eine Erhöhung von 2,50 auf 3,- € zum kommenden Schuljahr 2011/12 durchaus für sachlich angemessen und gerechtfertigt. Das die Angelegenheit vorher im Schulträgerausschuss besprochen werden müsse, sei ganz klar. Man müsse dort auch eine Mehrheit dafür finden und dann entsprechend die Zahlen einstellen. Dies sei seines Erachtens auch nichts Neues und man habe immer einmal wieder die Beträge nach oben oder unter korrigiert, wenn im Fachausschuss jeweils etwas anderes beschlossen worden sei.

Dies gelte natürlich auch für die Gebühren der Musikschule. Die Verwaltung orientiere sich hier in der Regel an den Lebenshaltungskosten und dem Zeitpunkt der letzten Erhöhung und versuche auch hier, einen moderaten Wert zu finden, der gerechtfertigt sei. Denn man habe bei vielen Einrichtungen das Problem, dass zum Teil die Eintrittsgelder und Gebühren seit Jahren oder gar Jahrzehnten nicht mehr erhöht worden seien. Insofern sei diese Liste eine Aufforderung an die Verwaltung, nachzubessern und versäumtes nachzuholen. Dass dies im Ausschuss zu besprechen und zu beschließen sei, habe man richtig erkannt. Aber gerade bei den letzten Punkten bitte er, daran zu denken, dass die Änderungen erst zum Schuljahr 2011/12 in Kraft treten sollten, d.h. man habe doch noch ein bisschen Zeit, die Angelegenheit entsprechend zu beschließen. Keine Zeit habe man mehr, der ADD zu signalisieren, dass in diesen Bereichen etwas geschehen solle. Er verstehe dies so, dass heute keine Vorwegnahme der Beschlüsse erfolge, sondern ein grundsätzliches Einverständnis erteilt werde, dass etwas passieren müsse.

Beigeordneter Knopp führt zur Frage der Erhöhung der Eintrittsgelder und der zurückgehenden Landeszuschüsse aus, ihm sei die in der Vorlage gewählte Formulierung etwas unverständlich.

Denn es könne durchaus sein, dass Mehreinnahmen erzielt würden und dann keine zurückgehenden Landeszuwendungen zu erwarten seien. Auch auf anderen Gebieten müsse man erst einmal abwarten, ob hinterher die entsprechenden Effekte eintreten würden. Daher rate er dazu, zunächst das Jahr 2010 noch abzuwarten. Dann könne man sich auch eine Meinung dazu bilden, ob die Erhöhung der Eintrittsgelder beim Theater auch diesen Effekt hätte. Dies ließe sich jetzt noch nicht absehen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig stellt fest, es lägen keine Wortmeldungen seitens des Rates mehr vor. Er rufe nun die einzelnen Punkte auf, die zur getrennten Abstimmung anstünden:

### **Anlage 1 lfd. Nr. 6: Die Kündigung der Zweckvereinbarung mit dem Bistum Trier**

Antrag der CDU-Fraktion, die laufende Nr. 6 in der Vorlage zu streichen.

Rm Sauer (CDU) fragt, was die Kündigung und die Minderaufwendungen im Haushalt für die Nutzung der Sporthalle bedeuten würden. Die Bischhöfliche Realschule sei nicht darauf angewiesen, dass die Halle von städtischen Vereinen genutzt werde, sondern sie brauche die Halle eigentlich für den Schulbetrieb. Aber die Vereine seien sehr wohl darauf angewiesen, dass eine Mitnutzung der Halle möglich sei. Sie fragt daher, welche Konsequenz die Kündigung der Zweckvereinbarung habe.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig verweist auf die Ausführungen des Dezernenten Knopp, dass über diesen Punkt momentan Verhandlungen geführt würden. Diese Frage sei demnach heute nicht zu beantworten.

Auf Anfrage von Rm Sauer (CDU) verdeutlicht er, es sei auch noch nicht gekündigt worden. Es bestehe die Absicht einer Kündigung mit dieser etatmäßigen Auswirkung. Natürlich werde der Versuch unternommen, zu einer Verständigung mit der Kirche zu kommen, die nach Möglichkeit beinhalte, dass die Halle weiterhin nutzbar sei.

Heute werde kein Vertrag gekündigt, sondern es werde in den Haushalt ein Datum eingestellt, der von einer bestimmten Voraussetzung ausgehe, dass es dem Dezernenten gelinge, diese Verhandlungen entsprechend zu gestalten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

17 Ja-Stimmen

23 Nein-Stimmen

### **Anlage 3 lfd. Nr. 8: Schülerverpflegung**

Antrag der CDU-Fraktion, die laufende Nr. 8 in der Vorlage zu streichen.

Rm Keul-Göbel (CDU) führt aus, in Würdigung der Begründung des Dezernenten gehe sie davon aus, dass im Haupt- und Finanzausschuss einmal darüber gesprochen werde, wie die Verwaltung die Konsolidierung insgesamt verstehe. Sie fragt, ob dies lediglich Ankündigungen seien, damit die ADD beruhigt sei oder seien dies Vorhaben, die die Verwaltung tatsächlich umsetzen wolle. Hierüber wünsche sie eine Diskussion im Haupt- und Finanzausschuss.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig merkt an, selbstverständlich seien dies Ankündigungen über Vorhaben, die die Verwaltung real verfolge und versuche, zu realisieren.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

26 Ja-Stimmen

10 Nein-Stimmen

### **Anlage 3 lfd. Nr. 12: Musikschule**

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig fragt, ob sich der Antrag durch die Darlegung des Dezernenten erledigt habe.

Rm Keul-Göbel (CDU) nimmt Bezug auf die Ausführungen des Beigeordneten Knopp, dass man keinen Verein in die Bredouille bringen wolle. Wenn es tatsächlich möglich sei, bei Vereinen weniger Zuschüsse zu zahlen, die dies nicht in ihrer Existenz betreffe, dann könne man dies zur Kenntnis nehmen. Damit habe sich der Antrag erledigt.

### **Anlage 3 lfd. Nr. 15:**

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig fragt, ob sich der Antrag durch die Darlegung des Dezernenten erledigt habe.

Rm Keul-Göbel (CDU) vertritt die Auffassung, dies sei eine Angelegenheit der Verwaltung. Wenn der Beigeordnete Knopp heute sage, er ginge davon aus, dass es tatsächlich zu Erhöhungen kommen werde, dann entfalle eine Streichung. Allerdings wäre es später sehr ärgerlich, wenn diese Erhöhungen nicht zu realisieren seien und die Stadt Koblenz dann geringere Landeszuweisungen habe, weil eine falsche Einschätzung erfolgt sei. Nach ihrer Erkenntnis lägen zahlreiche Kündigungen von Abonnements vor, wie dies in der Beschlussvorlage nachzulesen sei. Wenn viele Abonnenten gekündigt hätten, dann werde die geringe Erhöhung dies nicht auffangen können. Ihre Fraktion habe es intern so diskutiert, dass man froh wäre, wenn der Ansatz gleich bleibe. Aber man verlasse sich in der Sache auf die Aussagen der Verwaltung. Falls dies nicht so eintreten sollte, bitte sie um großzügige Spenden, damit man die Differenz ein wenig auffangen könne.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig stellt fest, dass der Antragsteller seinen Antrag auf getrennte Abstimmung nicht Aufrecht erhalte.

### **Anlage 3 lfd. Nr. 22:**

Rm Kühnental (BIZ) äußert, es sei festzustellen, welche hohe Aufmerksamkeit der Punkt Parkgebühren im Rat und in der Öffentlichkeit genieße. Dies mit Recht, denn es sei ein ganz sensibler Punkt für das Oberzentrum Koblenz. Er könne dem Verfahrensablauf folgen, dass man die Angelegenheit noch einmal berate und es sei in der Vorlage zu lesen, die Verwaltung wolle klären, inwieweit man sich dem Vorgehen des Löhrcenters angleichen könne. Er gebe an dieser Stelle zu Protokoll, er habe Informationen direkt aus dem Löhrcenter, dass die beabsichtigte Umsetzung, dem städtischen Vorgehen zu folgen, um keinen Wettbewerb in den Parkplatzgebühren zu eröffnen, sich aus vertraglichen Bindungen heraus nicht realisieren lasse. Dies bedeute, dass man in der Folge weiterhin die Spreizung hätte, da in der Innenstadt auch samstags bis 20.00 Uhr Parkgebühren erhoben würden, während dessen andere



Wettbewerbsteilnehmer die Kunden an ihren Einkaufsplätzen mit Null Gebühren locken würden. Er fragt, ob man diesen sensiblen und sehr wichtigen Punkt so behandeln könne, dass die Verwaltung zusage, die Parkplatzgebührenordnung in den betreffenden Ausschüssen zu beraten und nicht als Unterrichtsvorlage, sondern als Beschlussvorlage zu behandeln, die dann letztlich im Rat abgeseget werde. Dann könne man dem Schritt folgen und der gemeinsamen Abstimmung zustimmen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erwidert, dies ginge nicht. Die Frage der Parkplatzgebühren sei eine staatliche Auftragsangelegenheit. Die Stadt Koblenz erziele natürlich Einnahmen, die sich daraus ergäben und diese würden im städtischen Haushalt verbucht. Auf Grund der Tatsache, dass Einnahmen im Haushalt verbucht und diese wiederum der Zustimmungsmöglichkeit des Stadtrates folgen würden, abzuleiten, dass der Rat demzufolge ein Mitbestimmungsrecht auf ein Handeln der laufenden Verwaltung hätte, wäre nicht zulässig. Das wäre dann ein Aushebeln der Kompetenzverteilung. Er könne zusagen, dass es selbstverständlich sei, über die Problematik weiter im Gespräch zu sein. Ferner könne er zusagen, dass sich die Verwaltung der Tatsache bewusst sei, dass es eine politische Dimension habe und dass das Einzelhandelskonzept von Bedeutung sei. In der Sache könne er bestätigen, dass die Gespräche mit dem Löhrcenter nicht so weit gediehen seien, dass schon zum jetzigen Zeitpunkt das Löhrcenter in der Lage sei, dem zu folgen, das die Stadt zu tun beabsichtige. Aber auch dies werde im Fachausschuss zu klären sein. Die Marschrichtung der Verwaltung sei auf Grund der Tendenz in den Ausschüssen klar, nur die Frage des Zeitpunktes sei dabei noch nicht geklärt, so dass es weiterhin eine gewisse Spreizung gebe. Dies sei er derzeitige Sachstand. Er bitte um Verständnis dafür, dass wegen der Haushaltsaufstellung kein Recht auf Mitbestimmung in der Sache abgeleitet werden könne.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig stellt fest, dass sich der Antrag erledigt habe.

Im Anschluss daran stellt Oberbürgermeister Prof. Hofmann-Göttig den folgenden geänderten Beschlusstenor zur Abstimmung:

Der Stadtrat

- a) beschließt das von der ADD Trier im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zum Haushalt 2010 geforderte Haushaltsrestrukturierungsprogramm für den Planungszeitraum 2010 bis 2013, das in nachfolgenden Anlagen dokumentiert wird:
  - Anlage 1 „Aufwendungen“
  - Anlage 2 „Freiwillige Zuwendungen / Zuschüsse an Dritte – konsumtiver Haushalt“
  - Anlage 3 „Erträge“

Der Stadtrat hat bei 26 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen mit Stimmenmehrheit die Nr. 8 der Anlage 3: „Schülerverpflegung (Erhöhung um 0,50 EUR)“ gestrichen.

- b) fordert die Verwaltung auf, die Haushaltskonsolidierungsvorgaben bei der Aufstellung des Nachtragshaushaltsplans 2010 und der Haushaltspläne 2011 ff entsprechend zu

berücksichtigen und im Haushaltsvollzug zum frühesten möglichen Zeitpunkt zu realisieren,

- c) beauftragt darüber hinaus die Verwaltung, unter Hinweis auf das gesetzliche Haushaltsausgleichsgebot, stetig weitere insbesondere nachhaltige Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen zu erarbeiten, die mittelfristig zum Haushaltsausgleich, bei vorhandenen strukturellen Haushaltsdefiziten mindestens aber zu einer deutlichen Reduzierung der sich in der aktuellen Haushalts- und Finanzplanung 2010 bis 2013 darstellenden Haushaltsdefizite beitragen.